

# Eine zentrale Aufgabe für die neue Regierung: Bürokratieabbau im Sozialstaat

Ein Kommentar von  
**Nicola Fuchs-Schündeln**

Illustration **Martin Fengel**



Nicola Fuchs-Schündeln ist Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und Professorin für Makroökonomie und Entwicklung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und BADW-Mitglied.

Die Bundesrepublik verfügt über eine umfassende und mitunter unübersichtliche Sozialstaatsstruktur. Fast ein Drittel des deutschen Bruttoinlandsprodukts entfällt auf Sozialleistungen. Mit fünf zuständigen Bundesministerien und rund 170 Leistungen, die von fast 30 Behörden unter Verwendung unterschiedlicher Begrifflichkeiten ausgezahlt werden, ist der Sozialstaat äußerst komplex. Diese Struktur ist nicht nur teuer, sondern so kompliziert, dass Hilfe nur unzureichend bei den Bedürftigen ankommt.

Es ist daher dringend nötig, das System zu vereinfachen. Das trägt nicht nur zu einer effektiven Sozialpolitik und zu Einsparungen bei, sondern stabilisiert auch unsere Demokratie. Forschungsergebnisse zeigen, dass die Erfahrung eines handlungsfähigen und effizienten Staates auf lokaler Ebene das Vertrauen in die Demokratie fördert. Es geht dabei unter anderem um Bürgernähe von Behörden und um verlässliche Bildungs- und Gesundheitsangebote.

Bürokratieabbau bedeutet aber nicht, ganze Behörden ungeregelt zu schließen, sondern die Verwaltung effizienter zu organisieren. Die Bürokratie spielt eine unentbehrliche Rolle in demokratischen Staaten. Eine gut organisierte Verwaltung sorgt für Berechenbarkeit und verringert Willkür.

Wie kann der Sozialstaat wirksamer werden? Wir von der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ haben dazu Reformvorschläge: Wir plädieren dafür, die Zuständigkeiten für alle Leistungen der sozialen Sicherung in einem Bundesministerium zu bündeln, um die Wirksamkeit zu erhöhen. Die Begriffe, die den Anspruch auf Sozialleistungen beschreiben, sollten vereinheitlicht werden. Das erleichtert es den Bürgerinnen und Bürgern, das System zu verstehen. Die Anspruchsberechtigten sollten in Gruppen eingeteilt werden: Kinder und Jugendliche, Erwachsene und Haushalte, um Leistungen klar voneinander abzugrenzen. Außerdem schlagen wir vor, die Zugänge zu sämtlichen Sozialleistungen über eine zentrale digitale Plattform bereitzustellen. Dazu gehört, die Regelleistungen weitestgehend zu pauschalisieren, um einen automatischen Vollzug zu gewährleisten.

Diese Reformen sollen dazu beitragen, die Verwaltung einfacher, kostengünstiger und zugänglicher zu machen. Sie bedeuten allerdings auch, dass der Anspruch auf absolute Einzelfallgerechtigkeit aufgegeben werden muss. Bei der Umsetzung einer Sozialstaatsreform muss die neue Regierung den Bürgerinnen und Bürgern mit Vertrauen begegnen und dies offen und transparent kommunizieren. Eine vereinfachende Sozialstaatsreform ist für den Erhalt des Sozialstaats in Zeiten knapper öffentlicher Kassen unerlässlich und stärkt zudem unsere Demokratie.

